

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	27
Erster Teil: Steuerliche Dimensionen der Gemeinnützigkeit	33
§ 1 Gemeinnützigkeit im steuerlichen Sinne	33
A. Begriff und normativer Ausgangspunkt der steuerlichen Gemeinnützigkeit	33
B. Sinn und Zweck sowie Legitimation der steuerlichen Gemeinnützigkeit	36
C. Körperschaftsteuersubjekte als Adressaten der gemeinnützigen Steuervergünstigungen	40
§ 2 Voraussetzungen der steuerlichen Gemeinnützigkeit	44
A. Verfolgung steuerbegünstigter Zwecke (§ 51 Abs. 1 Satz 1 AO)	45
I. Gemeinnützige Zwecke (§ 52 AO)	48
1. Generalklausel (§ 52 Abs. 1 Satz 1 AO)	48
2. Zweckkatalog (§ 52 Abs. 2 Satz 1 AO)	54
a) Zweckkollisionen	55
b) Einschränkende Auslegung des Zweckkatalogs: Vornahme einer Güterabwägung	56
c) Keine einschränkende Auslegung des Zweckkatalogs: Aufgabe des Gesetzgebers	58
d) Stellungnahme	59
3. Öffnungsklausel (§ 52 Abs. 2 Satz 2 AO)	62
4. Keine Ausschlussgründe als Negativabgrenzung der Förderung der „Allgemeinheit“	64
a) Keine Förderung von Einzel- oder Gruppeninteressen	65
b) Keine gemeinnützigen Zwecke	68
II. Miltätige Zwecke (§ 53 AO)	73
III. Kirchliche Zwecke (§ 54 AO)	76
B. Selbstlosigkeit der steuerbegünstigten Zweckverfolgung (§ 55 AO)	79

C. Gemeinnützige Mittelverwendung (§ 55 Abs. 1 Nr. 1 bis 5, Abs. 2 und 3 AO)	83
D. Ausschließlichkeit der steuerbegünstigten Zweckverfolgung (§ 56 AO)	88
E. Unmittelbarkeit der steuerbegünstigten Zweckverfolgung (§ 57 AO)	91
F. Satzungsmäßige Gemeinnützigkeit (§§ 59, 60, 61 AO)	97
G. Anforderungen an die tatsächliche Geschäftsführung (§ 63 AO)	101
H. Vier Sphären der Mittelbeschaffung	104
I. Wirtschaftliche Betätigung	108
§ 3 Prüfung und verfahrensrechtliche Feststellung der steuerlichen Gemeinnützigkeit	111
§ 4 Steuervergünstigungen aufgrund von Gemeinnützigkeit	116
Zweiter Teil: Außersteuerliche Dimensionen der Gemeinnützigkeit	122
§ 5 Gemeinnützigkeit als Anknüpfungspunkt für rechtsgebietsübergreifende Privilegien und Vorteile	122
A. Privilegien im außersteuerlichen Normengefüge und im gesetzesakzessorischen Verwaltungsbereich	122
B. Vorteile im privaten Sektor und im nicht gesetzesakzessorischen Verwaltungsbereich	125
§ 6 Erfassung, Systematisierung und Bewertung der privilegierenden außersteuerlichen Vorschriften mit Gemeinnützigkeitsbezug	129
A. Klassifizierung des gemeinnützigkeitsbezogenen außersteuerlichen Normenbestands	129
B. Zuwendungen und Leistungen sowie Zuführung bestimmter Vermögenswerte zu gemeinnützigen Zwecken	132
I. Geldauflagenzuweisungen zugunsten gemeinnütziger Einrichtungen im Ermittlungs-, Straf- und Gnadenverfahren	133
1. Praktische Relevanz	133
a) Ausgangspunkt und wirtschaftliche Bedeutung	133
139	

2. Rechtsgrundlagen	147
a) § 153a Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 StPO: (Vorläufiges) Absehen von der Strafverfolgung unter Auflagen	147
aa. Regelungsgehalt und Normzweck	147
bb. Praktische Relevanz und empirische Daten	149
b) § 56b Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 StGB: Erteilung von Bewährungsauflagen	152
c) § 59a Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 StGB: Erteilung einer Geldauflage bei Verwarnung mit Strafvorbehalt	153
d) § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 JGG: Erteilung einer Geldauflage im Jugendstrafrecht	154
e) Erteilung einer Geldauflage bei Bewilligung bedingter Strafaussetzung im Rahmen des Gnadenverfahrens – insbesondere am Beispiel des § 29 Abs. 1 und 2 GnO NW	155
3. Gemeinnützigeitsverweis	157
a) Gesetzliche Ausgangslage und Problemaufriss	157
b) Auffassung der Literatur und Rechtsprechung	158
c) Praxishandhabung	163
aa. Landesrechtliche Justizverwaltungsvorschriften sowie die bundeseinheitliche RiStBV	163
bb. Materielle Begriffsbestimmung der „Gemeinnützigkeit“	164
cc. Formeller Nachweis für das Vorliegen der „Gemeinnützigkeit“	166
4. Stellungnahme	170
a) Ausgangspunkt und Auseinandersetzung mit dem Gemeinnützigeitsbegriff	170
b) Analyse der internen Justizverwaltungsvorschriften der Bundesländer	172
aa. Orientierung am steuerlichen Gemeinnützigeitsbegriff der §§ 51 ff. AO	173
bb. Anknüpfung an die Feststellungentscheidungen der Finanzbehörden zur steuerlichen Gemeinnützigkeit einer Einrichtung	179
c) Kritik an der Schaffung eines eigenständigen „strafrechtlichen Gemeinnützigeitsbegriffs“	185

d) Auslegung des Gemeinnützigkeitsbegriffs in den strafrechtlichen Vorschriften: Konkludente Anknüpfung an den steuerlichen Gemeinnützigkeitsbegriff der §§ 51 ff. AO	191
aa. Systematische Auslegung	191
bb. Historische Auslegung	192
cc. Teleologische Auslegung	194
(1) Kompatibilität der steuerlichen Gemeinnützigkeit mit dem Sinn und Zweck der betreffenden strafrechtlichen Vorschriften	194
(2) Transparenz- und Vertrauenssteigerung sowie Missbrauchsreduzierung durch die Anknüpfung an die steuerliche Gemeinnützigkeit	198
dd. Auslegungsergebnis	203
e) Maßgeblichkeit und Vorgabewirkung des steuerlichen Gemeinnützigkeitsbegriffs gem. §§ 51 ff. AO innerhalb der Gesamtrechtsordnung	203
aa. Normative Vorprägung des Gemeinnützigkeitsbegriffs durch das Steuerrecht	203
bb. Einheit und Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung	208
cc. Begriffliche Kontinuität des steuerlichen Gemeinnützigkeitsbegriffs innerhalb der Rechtsordnung	209
f) Vorgabewirkung und Nachweisfunktion der gemeinnützigkeitsspezifischen Statusentscheidungen der Finanzbehörden innerhalb der Gesamtrechtsordnung	212
g) Rechtsgebietsübergreifende Bindungswirkung der finanzverwaltungsrechtlichen Feststellungsentscheidungen zum Gemeinnützigkeitsstatus einer Einrichtung	216
aa. Außersteuerliche Bindungswirkung des gesonderten Feststellungsbescheids gem. § 60a AO	217

bb. Tatbestandswirkung und Maßgeblichkeit der Feststellungsentscheidungen der Finanzbehörden zur „Gemeinnützigkeit“ einer Einrichtung	220
cc. Einheit und Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung, Rechtssicherheit und Vertrauensschutz	226
5. Zusammenfassung	231
II. Erbringung „gemeinnütziger Leistungen“ als strafrechtliche Auflage	232
1. Rechtsgrundlagen: § 153a Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 StPO und § 56b Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 StGB	232
2. Gemeinnützigkeitsverweis	233
3. Auffassung der Literatur und Rechtsprechung	234
4. Stellungnahme	236
III. Abwendung der Vollstreckung einer Ersatzfreiheitsstrafe durch „freie bzw. gemeinnützige Arbeit“ als Sanktionsalternative	242
1. Rechtsgrundlagen: Art. 293 Abs. 1 Satz 1, 2 und 4 EGStGB iVm. den landesrechtlichen Rechtsverordnungen	242
2. Gemeinnützigkeitsverweis	247
3. Auffassung der Literatur (Feuerhelm)	248
4. Stellungnahme	251
a) Auslegung des Begriffs „gemeinnützige Arbeit“	251
aa. Art. 293 Abs. 1 Satz 3 EGStGB sowie die Mehrheit der Landesverordnungen	251
bb. Besonderheit: Bremen und Hamburg	253
cc. Auslegungsergebnis	257
b) Kritik an der Literatur (Feuerhelm)	257
5. Zusammenfassung	261
IV. Exkurs: Vollstreckungshilfe für die Überwachung von ausländischen Bewährungsmaßnahmen gem. § 90b Abs. 1 Nr. 6 lit. k), p) IRG	262
V. Gewährung von finanziellen Zuschüssen der Länder zugunsten gemeinnütziger Träger von Ersatzschulen (Ersatzschulfinanzierung)	263
1. Verfassungsrechtlicher Hintergrund und Rechtsgrundlagen	263

2. Gemeinnützige Verweise	266
a) Nachweis der Verfolgung gemeinnütziger Zwecke im Sinne des § 52 AO	266
b) Arbeit der Ersatzschule auf „gemeinnütziger Grundlage“	267
3. Verfassungsmäßigkeit der landesgesetzlichen Voraussetzung der steuerlichen Gemeinnützigkeit des Ersatzschulträgers	271
a) Körperschaft als Ersatzschulträger	271
b) Natürliche Person als Ersatzschulträger	272
aa. Kein Verstoß gegen Art. 7 Abs. 4 Satz 1 GG	273
bb. Kein Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG	276
(1) Ungleichbehandlung	276
(2) Prüfungsmaßstab der Rechtfertigung	277
(3) Sachlicher Grund	279
4. Stellungnahme	284
a) Landesgesetzliche Anknüpfung an die steuerliche Gemeinnützigkeit des Ersatzschulträgers	284
b) Auslegung des Tatbestandsmerkmals „auf gemeinnütziger Grundlage“	285
aa. Maßgeblichkeit des steuerlichen Gemeinnützigeitsbegriffs im Sinne der §§ 51 ff. AO	285
bb. Nachweis durch die steuerliche Feststellung des Gemeinnützigeitsstatus des Ersatzschulträgers	292
c) Bindungswirkung des durch die Finanzbehörden festgestellten Gemeinnützigeitsstatus	296
5. Zusammenfassung	297
VI. Mittelgewährung an inländische gemeinnützige Einrichtungen zur Unterstützung von Seeleuten gem. § 119 Abs. 5 SeeArbG	299
1. Regelungsgehalt und Gemeinnützigeitsverweis	299
2. Stellungnahme	300
VII. Finanzhilfen zur Unterstützung von kommunalen Investitionsmaßnahmen zur energetischen Sanierung gemeinnütziger Einrichtungen der Weiterbildung gem. § 3 Satz 1 Nr. 2 lit. c) KInvFG	300
1. Regelungsgehalt und Gemeinnützigeitsverweis	300
2. Stellungnahme	301

VIII. Zuschuss zu den Herstellungskosten der abzuliefernden Ausfertigungen gem. § 6 Abs. 1 Satz 4 PflAV	301
1. Regelungsgehalt und Gemeinnützigkeitsverweis	301
2. Stellungnahme	302
IX. Zuführung zu gemeinnützigen Zwecken im Rahmen der Verwertung sichergestellter Sachen	303
1. Rechtsgrundlagen	303
2. Gemeinnützigkeitsverweis	304
3. Stellungnahme	305
X. Verwendung des Restvermögens von aufgelösten Körperschaften und Anstalten sowie von verfassungswidrig erklärten Parteien für gemeinnützige Zwecke	307
1. Rechtsgrundlagen	307
a) § 13 Abs. 4 VereinsG: Abwicklung des eingezogenen Vereinsvermögens und Verwendung für gemeinnützige Zwecke	307
b) § 46 Abs. 3 Satz 2 BVerfGG: Einziehung des Vermögens einer als verfassungswidrig erklärten Partei zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke	308
c) § 20b Abs. 3 Satz 3 ParteiG DDR: Verwendung des Vermögens der ehemaligen Parteien der DDR zugunsten gemeinnütziger Zwecke	310
d) § 58 Abs. 3 DWG: Verwendung des Vermögens der Deutschen Welle für gemeinnützige Zwecke bei deren Auflösung	311
e) § 92 Satz 2 GenG: Verwendung der Zinsen des unverteilbaren Reinvermögens einer aufgelösten Genossenschaft zu gemeinnützigen Zwecken	311
2. Gemeinnützigkeitsverweis	312
3. Stellungnahme	313
XI. Verwendung des Ausschüttungsbetrages und des Vermögens bei der Auflösung und beim Zusammenschluss von Sparkassen zu gemeinnützigen Zwecken	314
1. Rechtsgrundlagen	314
2. Gemeinnützigkeitsverweis	315
3. Stellungnahme	315

XII. Historischer Exkurs: Vermögensrechtlicher Ausgleich und Rückgängigmachung von nationalsozialistischem sowie in der DDR erlittenem Unrecht zugunsten gemeinnütziger Körperschaften	316
1. Rechtsgrundlagen und Gemeinnützigkeitsverweis	316
2. Stellungnahme	319
C. Finanzielle Befreiungen und Ermäßigungen von Kosten-, Gebühren- und Beitragspflichten	320
I. Bundesrechtliche Notargebührenermäßigung sowie landesrechtliche Justizgebührenbefreiung	320
1. Ermäßigung von Notargebühren	321
2. Landesrechtliche Befreiungen von Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren	323
a) Rechtsgrundlagen	323
b) Gemeinnützigkeitsverweis	324
aa. Unterschiede im sachlichen und persönlichen Anwendungsbereich	324
bb. Gemeinsame Voraussetzungen in materieller und formeller Hinsicht	326
c) Stellungnahme	327
aa. Verweis auf die steuerliche Gemeinnützigkeit im Sinne der §§ 51 ff. AO	327
bb. (Beschränkter) Adressatenkreis der Gebührenbefreiungen	333
cc. Materieller Ausschluss bei „Betroffensein“ eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs	335
dd. Feststellungentscheidungen der Finanzbehörden als entscheidender Nachweis	338
ee. Bindungswirkung der gemeinnützigkeitsbezogenen Feststellungentscheidungen des Finanzamts	341
d) Zusammenfassung	342
II. Ermäßigung vom Rundfunkbeitrag	343
1. Rechtsgrundlage und Gemeinnützigkeitsverweis	343

2. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der rundfunkbeitragsrechtlichen Privilegierung gemeinnütziger Einrichtungen	344
a) Kein Verstoß gegen den Grundsatz der Belastungsgleichheit gem. Art. 3 Abs. 1 GG	345
aa. Keine sachliche Rechtfertigung im Gedanken des Vorteilsausgleichs	346
bb. Sachliche Rechtfertigung durch die rechtsgebietsübergreifende Förderung der Gemeinnützigkeit im Sinne der §§ 51 ff. AO als soziale Erwägung	347
b) Kein Verstoß gegen die Berufsfreiheit gem. Art. 12 Abs. 1 GG	351
3. Stellungnahme	352
a) Verweis auf die steuerliche Gemeinnützigkeit im Sinne der §§ 51 ff. AO	352
b) Nachweis der steuerlichen Gemeinnützigkeit auf Verlangen der zuständigen Landesrundfunkanstalt	357
c) Bindungswirkung der finanzverwaltungsrechtlichen Entscheidung über den Gemeinnützigeitsstatus einer Einrichtung	359
4. Zusammenfassung	360
III. Befreiung von der Zahlung eines anteiligen Ausgleichsbeitrags hinsichtlich der Überaltlasten im Kontext des Lastenausgleichs der gewerblichen Berufsgenossenschaften	361
1. Rechtsgrundlage	361
2. Gemeinnützigeitsverweis	363
3. Stellungnahme	363
a) Verweis auf die steuerliche Gemeinnützigkeit im Sinne der §§ 51 ff. AO	363
aa. Grammatikalische Auslegung	364
bb. Systematische Auslegung	364
cc. Historische und teleologische Auslegung	366
dd. Auslegungsergebnis	366
b) Nachweis des Gemeinnützigeitsstatus und Bindungswirkung	367

4. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der beitragsrechtlichen Privilegierung gemeinnütziger Einrichtungen im Kontext der Beteiligung an den Überaltlasten	368
5. Zusammenfassung	373
IV. Befreiung von den Gebühren im Rahmen der Führung des TransparencyRegisters	373
1. Rechtsgrundlage und Gemeinnützigkeitsverweis	373
2. Stellungnahme	374
V. Sonstige bundesrechtliche Befreiungen und Ermäßigungen von Verwaltungsgebühren	376
1. Rechtsgrundlagen und Gemeinnützigkeitsverweise	376
a) § 7 Abs. 2 Satz 2 StZG und § 24 Abs. 1 Satz 2 GenTG	377
b) § 1 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5 BFStrMG und § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 InfrAG	378
c) § 37 Abs. 5 Satz 2 SUG und § 28 Abs. 5 FlUUG	378
d) § 4 Abs. 1 Satz 3 Nr. 3 GOT	380
e) § 1 Abs. 2 AuswGebV	380
2. Stellungnahme	381
VI. Sonstige landesrechtlichen Befreiungen und Ermäßigungen von Verwaltungsgebühren	382
1. Rechtsgrundlagen	382
2. Gemeinnützigkeitsverweis	384
3. Stellungnahme	386
a) Anknüpfung an die steuerliche Gemeinnützigkeit im Sinne der §§ 51 ff. AO	386
b) Einschränkungen im persönlichen und sachlichen Anwendungsbereich	387
c) Materieller Ausschluss bei „Betroffensein“ eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs	388
d) Materielle Einschränkung durch das Tatbestandsmerkmal der „Unmittelbarkeit“	390
e) Nachweis des Gemeinnützigkeitsstatus durch die finanzverwaltungsrechtlichen Feststellungsentscheidungen	391
4. Exkurs: Auswirkungen der Landesverfassungen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen auf deren landesrechtliche Verwaltungskostengesetze	392

VII. Sonderfall: Satzungsmäßige Befreiungen von kommunalen Gebühren-, Beitrags- und Abgabepflichten am Beispiel der Fremdenverkehrsabgabe	394
1. Rechtsgrundlagen	394
2. Wirksamkeit der satzungsmäßigen Befreiungsregelungen von der Fremdenverkehrsabgabe für gemeinnützige Rechtsträger im Sinne der §§ 51 ff. AO	396
a) Notwendigkeit einer formell-gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage für die Befreiung	396
b) Sachliche Rechtfertigung im Übrigen	399
aa. Vorteilserzielung auch bei anerkannter Gemeinnützigkeit im Sinne der §§ 51 ff. AO	399
bb. Förderung der Gemeinnützigkeit im Sinne der §§ 51 ff. AO als soziale Erwägung und Ausfluss des Sozialstaatsprinzips	401
D. Befreiungen und Ausnahmen von gesetzlichen und verwaltungsrechtlichen Verpflichtungen und Verboten	404
I. Erteilung einer Erlaubnis für Lotterien von gemeinnützigen Veranstaltern	404
1. Rechtsgrundlagen und Gemeinnützigkeitsverweis	404
2. Stellungnahme	408
II. Befreiung von der Zahlung einer Barabfindung im Fall der Verschmelzung gemeinnütziger Vereine gem. § 104a UmwG	410
1. Regelungsgehalt und Gemeinnützigkeitsverweis	410
2. Stellungnahme	411
III. Ausnahme von der elektronischen Meldepflicht in der Sozialversicherung für gemeinnützige Arbeitgeber gem. § 28a Abs. 6a Nr. 2 SGB IV	414
1. Regelungsgehalt und Gemeinnützigkeitsverweis	414
2. Stellungnahme	415
IV. Befreiung von den Vorschriften des GüKG gem. § 2 Abs. 1 Nr. 1 GüKG	419
1. Regelungsgehalt und Gemeinnützigkeitsverweis	419
2. Stellungnahme	420
V. Befreiung von bestimmten Vorschriften des VermAnlG für ausgegebene Vermögensanlagen von gemeinnützigen Körperschaften gem. § 2c Abs. 2 Nr. 1 VermAnlG	421
1. Regelungsgehalt und Gemeinnützigkeitsverweis	421

2. Stellungnahme	421
VI. Einschränkung der gesetzlichen Leistungsanforderung bei gemeinnütziger Zweckbestimmung gem. § 4 Abs. 3 Satz 1 BLG	
1. Regelungsgehalt und Gemeinnützigkeitsverweis	422
2. Stellungnahme	422
VII. Ausnahme von dem Verbot der Verteilung schulfremder Druckschriften bei gemeinnütziger Zweckrichtung gem. § 56 Satz 2 SchulG NRW	
1. Regelungsgehalt und Gemeinnützigkeitsverweis	423
2. Stellungnahme	423
VIII. Befreiungen von verwaltungsrechtlichen Verpflichtungen und Verboten in bundesrechtlichen Rechtsverordnungen	
1. Rechtsgrundlagen und Gemeinnützigkeitsverweis	424
2. Stellungnahme	424
E. Kooperationsverhältnisse zum Staat sowie staatliche Förderung und Rücksichtnahme	425
I. Sozialrechtliche Kooperationsverhältnisse:	
Partnerschaftliche Zusammenarbeit mit öffentlich-rechtlichen Leistungsträgern durch die Beteiligung und Förderung gemeinnütziger Träger und Einrichtungen	427
1. Partnerschaftliche Zusammenarbeit gemeinnütziger Einrichtungen mit öffentlich-rechtlichen Leistungsträgern im SGB I	428
a) Rechtsgrundlage und Gemeinnützigkeitsverweis	428
b) Stellungnahme	429
2. Anerkennung als gemeinnütziger Träger der freien Jugendhilfe sowie Förderung und partnerschaftliche Zusammenarbeit im SGB VIII	429
a) Rechtsgrundlagen	429
b) Gemeinnützigkeitsverweis	431
aa. Auffassung der Rechtsprechung und Literatur	432
bb. Verwaltungspraxis	436
cc. Zwanzigstes Hauptgutachten der Monopolkommission 2012/2013	437
c) Stellungnahme	438
aa. Kritik an der Implementierung eines eigenständigen „jugendhilferechtlichen Gemeinnützigkeitsbegriffs“	438

bb. Anknüpfung an den steuerlichen Gemeinnützigkeitsbegriff der §§ 51 ff. AO	444
(1) Grammatikalische Auslegung	445
(2) Systematische Auslegung	446
(3) Historische Auslegung	447
(4) Teleologische Auslegung	450
(5) Auslegungsergebnis	451
cc. Adressaten der Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe	452
dd. Nachweisfunktion und Bindungswirkung der gemeinnützigkeitsbezogenen Feststellungsentscheidungen der Finanzbehörden	453
ee. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit und Legitimation der Privilegierung (frei-) gemeinnütziger Träger	454
d) Zusammenfassung	456
e) Exkurs: Finanzierung von Tageseinrichtungen für Kinder gem. § 74a SGB VIII iVm. den landesrechtlichen Kitagesetzen	457
3. Berücksichtigung und Förderung gemeinnütziger Rehabilitationseinrichtungen sowie Beteiligung und finanzielle Ausstattung gemeinnütziger Einrichtungen im Kontext der Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen im SGB IX und SchwbAV	458
a) Rechtsgrundlagen und Gemeinnützigkeitsverweis	458
b) Stellungnahme	460
4. Beteiligung gemeinnütziger Einrichtungen und Organisationen bei der Bedarfsplanung und -ermittlung gem. § 95 Abs. 1 Satz 2 SGB X	461
a) Regelungsgehalt und Gemeinnützigkeitsverweis	461
b) Stellungnahme	462
5. Vorrang freigemeinnütziger Träger im SGB XI und im KHG	462
a) Rechtsgrundlagen und Gemeinnützigkeitsverweis	462
b) Stellungnahme	464

6. Partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Verbänden der freien Wohlfahrtspflege bzw. freigemeinnützigen Trägern im SGB XII	464
a) Rechtsgrundlagen und Gemeinnützigkeitsverweis	464
b) Stellungnahme	465
7. Sonstige sozialrechtliche Beteiligung und Anerkennung gemeinnütziger Organisationen im Kontext von § 140f SGB V und § 118 SGB XI	466
a) Rechtsgrundlagen und Gemeinnützigkeitsverweis	466
b) Stellungnahme	467
II. Gründung von medizinischen Versorgungszentren durch gemeinnützige Träger gem. § 95 Abs. 1a Satz 1 SGB V	468
1. Regelungsgehalt und Gemeinnützigkeitsverweis	468
2. Stellungnahme	468
III. Anerkennung und Förderung als gemeinnütziger Betreuungsverein im Sinne des § 1908f BGB iVm. den landesrechtlichen Ausführungsgesetzen sowie gem. § 6 Abs. 1 Satz 1 BtBG	470
1. Rechtsgrundlagen	470
2. Gemeinnützigkeitsverweis	472
3. Stellungnahme	473
IV. Anerkennung als gemeinnützige Adoptionsvermittlungsstelle gem. § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 iVm. § 2 Abs. 3 AdVermiG	474
1. Regelungsgehalt	474
2. Gemeinnützigkeitsverweis	475
3. Stellungnahme	476
V. Anerkennung als gemeinnütziger Träger für die Ableistung von zivildienstersetzenden Auslandsdiensten, Jugendfreiwilligendiensten oder Freiwilligendiensten aller Generationen	477
1. Rechtsgrundlagen und Gemeinnützigkeitsverweis	477
2. Stellungnahme	479
VI. Zurverfügungstellung von Arbeitsgelegenheiten bei gemeinnützigen Trägern gem. § 5 Abs. 1 Satz 2 AsylbLG	479
1. Regelungsgehalt und Gemeinnützigkeitsverweis	479
2. Stellungnahme	480

VII. Unterbleiben einer Unterschutzstellung bei der Verfügbungsbefugnis eines gemeinnützigen Trägers gem. § 32 Abs. 4 BNatSchG	480
1. Regelungsgehalt und Gemeinnützigkeitsverweis	480
2. Stellungnahme	481
VIII. Einräumung eines Mitwirkungs- und Verbandsklagerechts für gemeinnützige Rechtsträger im UmwRG, BNatSchG, BGG und in einzelnen landesrechtlichen Tierschutzverbandsklagegesetzen	482
1. Rechtsgrundlagen und Gemeinnützigkeitsverweis	482
a) UmwRG und BNatSchG	482
b) BGG	485
c) Landesrechtliche Tierschutzverbandsklagegesetze	486
2. Stellungnahme	488
IX. Gemeinnützig anerkannte Schuldner- oder Insolvenzberatungsstellen als Erhebungseinheiten im Anwendungsbereich des ÜSchuldStatG	491
1. Rechtsgrundlage und Gemeinnützigkeitsverweis	491
2. Stellungnahme	491
F. Sonstiger privilegierender Sonderstatus und besonderes Vertrauen im Übrigen	492
I. Beteiligungen an gemeinnützigen Einrichtungen und Darlehen für gemeinnützige Zwecke als Anlageformen der Rücklage sowie als Bestandteile des Verwaltungsvermögens der Versicherungsträger	492
1. Rechtsgrundlagen	492
2. Gemeinnützigkeitsverweis	493
3. Restriktiver spezifisch „sozialversicherungsrechtlicher Gemeinnützigkeitsbegriff“	494
4. Stellungnahme	495
II. Privilegierung gemeinnütziger Organisationen und Vereinigungen bei der Vergabe von Dienstleistungsaufträgen im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes und der Gefahrenabwehr	499
1. Rechtsgrundlagen	499
2. Gemeinnützigkeitsverweis	502
3. Auffassung des EuGH im Urteil vom 21.3.2019 („Falck Rettungsdienste“)	503
4. Stellungnahme	504

III.	Befreiung von der abfallrechtlichen Überlassungspflicht aufgrund einer angezeigten gemeinnützigen Sammlung	507
1.	Rechtsgrundlagen	507
2.	Gemeinnützigkeitsverweis	508
3.	Stellungnahme	509
IV.	Keine unbillige Benachteiligung durch die Abgabe von Lebensmitteln an gemeinnützige Einrichtungen gem. § 20 Abs. 3 Satz 5 GWB	512
1.	Regelungsgehalt und Gemeinnützigkeitsverweis	512
2.	Stellungnahme	512
V.	Zulässigkeit der gemeinnützigen Bestrebungen dienenden Beteiligung einer Genossenschaft gem. § 1 Abs. 2 Nr. 2 GenG	515
1.	Regelungsgehalt und Gemeinnützigkeitsverweis	515
2.	Stellungnahme	515
VI.	Rücksichtnahme auf gemeinnützige Einrichtungen und Anstalten bei Anwendung des SchBerG gem. § 7 Satz 2 SchBerG	516
G.	Mittelbare Privilegien für gemeinnützige Rechtsträger	516
I.	Transparenz und Publizität des anerkannten Gemeinnützigkeitsstatus als indirekter Vorteil	517
II.	Weitere gemeinnützigkeitsbezogene Vorschriften mit mittelbar begünstigender Wirkung	521
H.	Sonstige unsystematische Anknüpfungen an den steuerlichen Gemeinnützigkeitsbegriff	524
I.	Exkurs: Gesetzliche Implementierung eines eigenständigen speziellen Gemeinnützigkeitsstatus für bestimmte Bereiche	525
I.	Kleingärtnerische Gemeinnützigkeit	525
II.	Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen	527
III.	Gemeinnützige Siedlungsunternehmen	528
J.	Gesamtbewertung und Ergebnis	530
K.	Außersteuerliche Folgen und Reaktionsmöglichkeiten im Fall der nachträglichen Aberkennung des steuerlichen Gemeinnützigkeitsstatus einer Organisation	534

§ 7 Reformüberlegungen zum Gemeinnützigkeitsverweis im außersteuerlichen Normengefüge de lege ferenda	540
A. Ausgangspunkt: Normativer Abstimmungsbedarf des rechtsgebietsübergreifenden Gemeinnützigkeitsverweises mit den Vorgaben der steuerlichen Gemeinnützigkeit	540
B. Beibehaltung des Gemeinnützigkeitsstatus als gesetzlicher Anknüpfungspunkt für privilegierende außersteuerliche Vorschriften	542
C. Konkrete normative Ausgestaltung des Gemeinnützigkeitsverweises in den außersteuerlichen Vorschriften	545
I. Begriffliche Schärfung der außersteuerlichen Vorschriften durch den expliziten Verweis auf die Vorschriften der steuerlichen Gemeinnützigkeit gem. §§ 51 ff. AO	546
II. Tatbestandliche Klarstellung der rechtsgebietsübergreifenden Vorgabe- und Bindungswirkung des durch das Finanzamt festgestellten Gemeinnützigkeitsstatus	548
III. Konkreter Regelungsvorschlag für eine Musternorm (am Beispiel des § 153a Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 StPO)	548
D. Notwendigkeit einer öffentlichkeitswirksamen Transparenz des Gemeinnützigkeitsstatus	550
§ 8 Zusammenfassung und Ergebnisse	557
Literaturverzeichnis	565